

München, 26.04.2018

SPD wirbt für bessere Arbeitsbedingungen im Freistaat

Natascha Kohnen: Brauchen mehr sichere Jobs und mehr Engagement des Staates

Angesichts der hohen Zahl von befristeten Arbeitsplätzen und Leiharbeitsjobs in Bayern macht sich die SPD-Fraktion für bessere Arbeitsbedingungen stark. In einem [Dringlichkeitsantrag \(PDF, 93 kB\)](#) warb **Natascha Kohnen** am Donnerstag im Landtag für sichere und fair bezahlte Arbeitsplätze. "Fast 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse in Bayern gehören leider nicht in diese Kategorie. Die Zahl der Menschen im Freistaat, die zusätzlich zu ihrem Hauptberuf noch einen Nebenjob brauchen, hat sich in den letzten 15 Jahren nahezu verdreifacht – von 190.000 auf 567.000 Personen! Gerade in den Ballungsgebieten mit ihren hohen Lebenshaltungskosten brauchen viele Menschen den zusätzlichen Job, um finanziell über die Runden zu kommen."

Kohnen will nicht zulassen, dass über diese schwierige Lebenssituation von hunderttausenden Menschen einfach hinweggesehen wird: „Viel zu viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern arbeiten hart, aber sie haben nichts von unserer wirtschaftlichen Stärke. Stark ist Bayern aber dann, wenn alle davon profitieren! Deshalb dürfen wir uns nicht zurücklehnen und uns auf guten Wachstumsraten und niedriger Arbeitslosigkeit ausruhen. Wir müssen uns darum kümmern, dass jeder und jede Einzelne in Bayern von der eigenen Arbeit gut leben kann.“

Ziel der SPD sei es, die Menschen in nachhaltige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen und dort anständig zu entlohnen. „Denn wer einen anständig bezahlten Vollzeitjob hat, der braucht keinen Nebenjob! Es ist die Pflicht eines starken, handlungsfähigen Staates, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen“, mahnt Kohnen.

Sie wirbt unter anderem für einen „Pakt für anständige Löhne“, initiiert und moderiert durch das Sozialministerium, mit den Arbeitgeberverbänden, den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften. „Es müssen Strategien entwickelt werden, um die Tarifbindung endlich wieder zu erhöhen. Denn inzwischen sind nur noch etwa 30 Prozent der Betriebe tarifgebunden, Anfang des Jahrtausends waren es noch mehr als die Hälfte. Und Studien zeigen, dass Beschäftigte in nicht-tarifgebundenen Betrieben durchschnittlich länger arbeiten müssen, weniger verdienen und häufiger gekündigt werden. Das ist für ein reiches Land wie Bayern nicht hinnehmbar!“

[SPD wirbt für bessere Arbeitsbedingungen im Freistaat](#)